

SERVICE PUBLIC FEDERAL SANTE PUBLIQUE,  
SECURITE DE LA CHAINE ALIMENTAIRE  
ET ENVIRONNEMENT

[C – 2021/33230]

6 DECEMBRE 2018. — Arrêté royal fixant les modalités et les conditions d'octroi du subside visé à l'article 3<sup>ter</sup> de la loi du 8 juillet 1964 relative à l'aide médicale urgente. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 6 décembre 2018 fixant les modalités et les conditions d'octroi du subside visé à l'article 3<sup>ter</sup> de la loi du 8 juillet 1964 relative à l'aide médicale urgente (*Moniteur belge* du 21 décembre 2018).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST VOLKSGEZONDHEID,  
VEILIGHEID VAN DE VOEDSELKETEN  
EN LEEFMILIEU

[C – 2021/33230]

6 DECEMBER 2018. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de modaliteiten en de voorwaarden voor de toekenning van de toelage bedoeld in artikel 3<sup>ter</sup> van de wet van 8 juli 1964 betreffende de dringende geneeskundige hulpverlening. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 6 december 2018 tot vaststelling van de modaliteiten en de voorwaarden voor de toekenning van de toelage bedoeld in artikel 3<sup>ter</sup> van de wet van 8 juli 1964 betreffende de dringende geneeskundige hulpverlening (*Belgisch Staatsblad* van 21 december 2018).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST VOLKSGESUNDHEIT,  
SICHERHEIT DER NAHRUNGSMITTELKETTE UND UMWELT

[C – 2021/33230]

6. DEZEMBER 2018 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die in Artikel 3<sup>ter</sup> des Gesetzes vom 8. Juli 1964 über die dringende medizinische Hilfe erwähnte Gewährung eines Zuschusses — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 6. Dezember 2018 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die in Artikel 3<sup>ter</sup> des Gesetzes vom 8. Juli 1964 über die dringende medizinische Hilfe erwähnte Gewährung eines Zuschusses.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST VOLKSGESUNDHEIT,  
SICHERHEIT DER NAHRUNGSMITTELKETTE UND UMWELT

6. DEZEMBER 2018 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die in Artikel 3<sup>ter</sup> des Gesetzes vom 8. Juli 1964 über die dringende medizinische Hilfe erwähnte Gewährung eines Zuschusses

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 8. Juli 1964 über die dringende medizinische Hilfe, des Artikels 3<sup>ter</sup>, eingefügt durch das Gesetz vom 24. Juli 2008 und ersetzt durch das Gesetz vom 10. April 2014;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 4. September 2014 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die in Artikel 3<sup>ter</sup> des Gesetzes vom 8. Juli 1964 über die dringende medizinische Hilfe erwähnte Gewährung eines Zuschusses;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 1. Oktober 2018;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers des Haushalts vom 5. November 2018;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 64.419/2 des Staatsrates vom 7. November 2018, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag der Ministerin der Volksgesundheit

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

**Artikel 1** - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. Gesetz: das Gesetz vom 8. Juli 1964 über die dringende medizinische Hilfe,
2. Ambulanzdienst: der in Artikel 5 des Gesetzes erwähnte Ambulanzdienst,
3. Krankenwagenteam: Team von mindestens zwei Sanitäter-Krankenwagenfahrern, die gemäß den Artikeln 65 und 66 des koordinierten Gesetzes vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe und dem Artikel 6<sup>ter</sup> § 2 des Gesetzes ermächtigt sind, diesen Beruf auszuüben,
4. Krankenwagen: Straßenfahrzeug, das vom Ambulanzdienst benutzt wird, um auf Anfrage eines Angestellten des einheitlichen Rufsystems im Rahmen des Gesetzes eingesetzt zu werden,
5. Ort der Bereitschaft: Adresse, an der die Bereitschaft bereitgehalten wird, um einen vom Angestellten des einheitlichen Rufsystems zugewiesenen Einsatz durchführen zu können,
6. Bereitschaft: Krankenwagenteam und Krankenwagen, die am Ort der Bereitschaft bereitgehalten werden. Eine Bereitschaft wird von einem einzigen festen Standort aus von einem einzigen Ambulanzdienst organisiert,
7. "FÖD Volksgesundheit": Föderaler Öffentlicher Dienst Volksgesundheit, Sicherheit der Nahrungsmittelkette und Umwelt,

"Minister": Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich die Volksgesundheit gehört.

**Art. 2** - § 1 - Ein in Artikel 3<sup>ter</sup> des Gesetzes erwähnter Zuschuss wird jährlich den Ambulanzdiensten gewährt, die auf einer vom Minister erstellten Liste aufgeführt sind.

§ 2 - In dem in § 1 erwähnten Zuschuss wird ein Betrag vorgesehen, um einen eventuellen Rückgang der Einkünfte pro Einsatz in den Jahren 2019, 2020 und 2021 im Vergleich zum Jahr 2017 auszugleichen.

Die Einkünfte eines Ambulanzdienstes pro Einsatz im Jahr 2017 werden als die Summe der unter den nachstehenden Nummern 1 und 2 aufgeführten Beträge festgelegt:

1. Zuschuss des Ambulanzdienstes, der auf der Grundlage des Ministeriellen Erlasses vom 15. Mai 2017 zur Ausführung des Königlichen Erlasses vom 4. September 2014 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die in Artikel 3<sup>ter</sup> des Gesetzes vom 8. Juli 1964 über die dringende medizinische Hilfe erwähnte Gewährung eines Zuschusses für den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 gewährt wurde, geteilt durch die Gesamtzahl der im Jahr 2017 von diesem Dienst durchgeführten Einsätze,

2. Beträge, die im Jahr 2017 von diesem Ambulanzdienst in Rechnung gestellt wurden nach Anwendung des Königlichen Erlasses vom 7. April 1995 zur Festlegung des Tarifs für den Transport der in Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1964 über die dringende medizinische Hilfe erwähnten Personen per Krankenwagen, wie er durch den Königlichen Erlass vom 26. April 2007 zuletzt abgeändert worden ist, geteilt durch die Gesamtzahl der im Jahr 2017 von diesem Dienst durchgeführten Einsätze.

Die Einkünfte eines Ambulanzdienstes pro Einsatz in den Jahren 2019, 2020 und 2021 werden als die Summe der unter den nachstehenden Nummern 1 und 2 aufgeführten Beträge festgelegt:

1. Zuschuss des Ambulanzdienstes für das Jahr 2019, 2020 oder 2021 nach Anwendung des vorliegenden Erlasses, geteilt durch die Gesamtzahl der im Jahr vor einem dieser Jahre von diesem Dienst durchgeführten Einsätze,

2. Pauschalbetrag, der pro Einsatz im Jahr 2019, 2020 oder 2021 vom Ambulanzdienst in Rechnung gestellt wurde nach Anwendung des Königlichen Erlasses vom 28. November 2018 über die Rechnungsstellung im Rahmen eines Einsatzes dringender medizinischer Hilfe durch einen Ambulanzdienst.

Wenn die Einkünfte pro Einsatz eines Ambulanzdienstes in den Jahren 2019, 2020 oder 2021 niedriger sind als die Einkünfte pro Einsatz eines Ambulanzdienstes im Jahr 2017, wird ein Ausgleich gewährt.

Der Ausgleich entspricht der Differenz zwischen den Einkünften pro Einsatz eines Ambulanzdienstes im Jahr 2017 und den Einkünften pro Einsatz eines Ambulanzdienstes in einem der Jahre 2019, 2020 oder 2021, multipliziert mit der Anzahl Einsätze im Jahr vor einem dieser Jahre.

Für den Differenzbetrag, der sich aus der Feststellung von Verstößen in Anwendung von Artikel 7 ergibt, wird kein Ausgleich gezahlt.

Der Minister legt die Anwendungsmodalitäten für den vorliegenden Paragraphen fest.

**Art. 3** - Der in Artikel 2 erwähnte Zuschuss besteht einerseits aus einem Höchstbetrag, der im Falle eines Einsatzes einer Bereitschaft eines Ambulanzdienstes auf Anfrage des Angestellten des einheitlichen Rufsystems gemäß Artikel 5 des Gesetzes vom Minister gewährt wird und dessen Modalitäten vom Minister festgelegt werden, und andererseits aus einem Höchstbetrag, der für jede Bereitschaft vom Minister gewährt wird und dazu bestimmt ist, einen Teil der Tätigkeit der Bereitschaft des Ambulanzdienstes abzudecken, und dessen Modalitäten vom Minister festgelegt werden.

**Art. 4** - Der in Artikel 2 erwähnte Zuschuss dient der Unterstützung folgender Leistungen im Rahmen des Gesetzes:

1. Mitwirkung an der dringenden medizinischen Hilfeleistung gemäß dem Gesetz und seinen Ausführungserlassen,
2. Einrichtung mindestens einer Bereitschaft,
3. Registrierung der in Artikel 5 des Gesetzes erwähnten Aufträge.

**Art. 5** - § 1 - Die Ambulanzdienste schließen eine Vereinbarung mit dem FÖD Volksgesundheit, Generaldirektion Gesundheitspflege, für ihre Mitwirkung an der dringenden medizinischen Hilfeleistung. In der Vereinbarung dürfen keine Fragen geregelt werden, die wesentliche Elemente der in Artikel 2 erwähnten Zuschussregelung betreffen.

§ 2 - Für jede Bereitschaft gibt es eine spezifische Anlage zur Vereinbarung.

In der Vereinbarung sind die genauen Angaben der Bereitschaft gemäß den in Artikel 4 erwähnten Regeln enthalten.

§ 3 - Jeder Krankenwagen ist in der Anlage zur Vereinbarung aufgeführt und muss nach den in der Vereinbarung festgelegten Kriterien zugelassen werden.

**Art. 6** - § 1 - Der in Artikel 2 erwähnte Zuschuss wird in einer einzigen Tranche ausgezahlt, deren Zahlungsmodalitäten jährlich vom Minister festgelegt werden.

§ 2 - Wenn eine Bereitschaft ihre Mitarbeit im Laufe des Jahres aufnimmt, gibt diese Mitarbeit kein Anrecht auf den Zuschuss. Die Bereitschaft hat dieses Anrecht erst ab dem ersten Januar des darauffolgenden Jahres mittels Vorankündigung von drei Monaten.

§ 3 - Wenn eine Bereitschaft ihre Tätigkeit im Laufe des Jahres einstellt, wird der Zuschuss auf der Grundlage der tatsächlichen Anzahl Aktivitätstage berechnet. In diesem Fall erhält der Dienst 1/365 des Zuschusses pro Aktivitätstag.

§ 4 - Voraussetzung für die Zahlung ist die Zusendung einer vom benannten Verantwortlichen des Ambulanzdienstes unterzeichneten Forderungsanmeldung an den FÖD Volksgesundheit, Sicherheit der Nahrungsmittelkette und Umwelt, Generaldirektion Gesundheitspflege.

§ 5 - Der Forderungsanmeldung müssen Belege zur Rechtfertigung des in Artikel 3 erwähnten Zuschusses beigefügt werden.

Sie muss spätestens vor Ende des Bezugsjahres zugesandt werden.

Unrechtmäßig gezahlte Zuschüsse werden dem Staat innerhalb dreier Monate nach der Notifizierung durch den FÖD Volksgesundheit zurückerstattet.

§ 6 - Folgende Kosten können Anrecht auf den Zuschuss geben, der dem Ambulanzdienst für jede Bereitschaft gewährt wird:

1. Personalkosten, die namentlich und monatlich angegeben werden müssen,
2. Ankauf von Material,
3. Funktionskosten.

Investitionen können berücksichtigt werden, wenn sie den Zielen des Zuschusses entsprechen, jedoch nur für den Betrag der Wertminderung des Materials.

Darlehenszinsen können nicht berücksichtigt werden.

**Art. 7** - Werden ungerechtfertigte Nichtverfügbarkeiten festgestellt und wird ordnungsgemäß darauf hingewiesen, wird der in Artikel 2 erwähnte Zuschuss auf der Grundlage der gemäß Artikel 6 § 3 berechneten Anzahl Tage der Nichtverfügbarkeit angepasst. Ungerechtfertigte Nichtverfügbarkeiten sind solche, die nicht auf den Unterhalt oder die Reparatur eines oder mehrerer Krankenwagen des Ambulanzdienstes zurückzuführen sind.

**Art. 8** - Der Königliche Erlass vom 4. September 2014 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die in Artikel 3ter des Gesetzes vom 8. Juli 1964 über die dringende medizinische Hilfe erwähnte Gewährung eines Zuschusses wird aufgehoben.

**Art. 9** - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

**Art. 10** - Der für die Volksgesundheit zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Brüssel, den 6. Dezember 2018

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Die Ministerin der Volksgesundheit

M. DE BLOCK

SERVICE PUBLIC FEDERAL SANTE PUBLIQUE,  
SECURITE DE LA CHAINE ALIMENTAIRE  
ET ENVIRONNEMENT

[C - 2021/21967]

26 SEPTEMBRE 2021. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 30 octobre 2020 fixant les modalités d'octroi d'une intervention financière fédérale exceptionnelle aux hôpitaux dans le cadre de l'épidémie de coronavirus COVID-19

RAPPORT AU ROI

Sire,

Le projet d'arrêté royal que j'ai l'honneur de soumettre à la signature de votre Majesté tend à compléter l'arrêté royal du 30 octobre 2020 fixant les modalités d'octroi d'une intervention financière fédérale exceptionnelle aux hôpitaux dans le cadre de l'épidémie de coronavirus COVID-19 (ci-après : AR IFFE) et d'y apporter différentes adaptations techniques. Les principaux ajouts concernent :

- Une extension temporelle jusqu'au second semestre 2020 de certaines interventions (les interventions liées à la diminution des activités habituelles et aux activités supplémentaires des prestataires de soins). Une date de fin est également prévue pour les forfaits surcoûts et le forfait de disponibilité, à savoir le 30 septembre 2021 ;

- Une extension matérielle des interventions en prévoyant une intervention pour toute l'année 2020 au profit des hôpitaux, en tenant compte des pertes de recettes relatives aux parts personnelles des patients et des patients non affiliés à un organisme assureur. Pour les prestataires de soins de santé indépendants financés par des honoraires, un montant forfaitaire d'implication est prévu pour la période pendant laquelle les hôpitaux étaient en phase 2B du Plan 'Surge Capacity'. En outre, le présent arrêté prévoit l'octroi d'une prime d'encouragement aux médecins spécialistes en formation (MSF) et médecins généralistes en formation (MGF) en stage dans un hôpital, par analogie avec celle octroyée au personnel hospitalier inscrit sur le payroll d'un hôpital, telle que prévue à l'article 74undecies de l'arrêté royal du 25 avril 2002 relatif à la fixation et à la liquidation du budget des moyens financiers des hôpitaux. Enfin, l'intervention pour les MSF est divisée en trois parties : la garantie de la rémunération de base, une prime brute mensuelle de 250 euros et la répartition d'une enveloppe au niveau hospitalier. Ces deux dernières parties s'appliquent également au MGF en stage hospitalier ;

- Un certain nombre de mesures de contrôle sont rendus plus explicites ou, en ce qui concerne les extensions au second semestre, plus fermement établis.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST VOLKSGEZONDHEID,  
VEILIGHEID VAN DE VOEDSELKETEN  
EN LEEFMILIEU

[C - 2021/21967]

26 SEPTEMBER 2021. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 30 oktober 2020 tot vaststelling van de nadere regels voor de toekenning van een uitzonderlijke federale financiële tegemoetkoming aan de ziekenhuizen in het kader van de coronavirus COVID-19 epidemie

VERSLAG AAN DE KONING

Sire,

Het ontwerp van koninklijk besluit dat ik de eer heb aan Uwe Majesteit ter ondertekening voor te leggen, strekt ertoe het koninklijk besluit van 30 oktober 2020 tot vaststelling van de nadere regels voor de toekenning van een uitzonderlijke federale financiële tegemoetkoming aan de ziekenhuizen in het kader van de COVID-19 epidemie aan te vullen (hierna: KB UFFT) en hier verschillende technische aanpassingen op aan te brengen. De voornaamste aanvullingen hebben betrekking op:

- Een temporele uitbreiding naar het tweede semester 2020 van bepaalde tegemoetkomingen (tegemoetkomingen met betrekking tot de dalende reguliere activiteit en de bijkomende activiteiten van zorgverleners). Tevens wordt er voorzien in een einddatum voor de meerkostenforfaits en het beschikbaarheidsforfait, namelijk 30 september 2021;

- Een materiële uitbreiding van de tegemoetkomingen door voor 2020 in een tegemoetkoming te voorzien ten voordele van de ziekenhuizen waarbij rekening gehouden wordt met de gemiste inkomsten uit persoonlijke aandelen van patiënten en vanwege patiënten die niet via een verzekeringsinstelling zijn aangesloten. Voor de zelfstandige zorgverleners gefinancierd door honoraria wordt er in een betrokkenheidsforfait voorzien voor de periode waarin de ziekenhuizen zich in fase 2B van het 'Surge Capacity' Plan bevond. Bovendien voorziet het voorliggende besluit in de toekenning van de aanmoedigingspremie aan de artsen-specialisten in opleiding (ASO) en de huisartsen-in-opleiding (HAIO) in ziekenhuisstage, overeenkomstig aan de premie voor het ziekenhuispersoneel zoals voorzien in artikel 74undecies van het Koninklijk besluit van 25 april 2002 betreffende de vaststelling en de vereffening van het budget van financiële middelen van de ziekenhuizen. Tot slot wordt de tegemoetkoming voor de ASO in drie onderdelen opgesplitst: de garantie voor de basisvergoeding, een maandelijke bruto premie van 250 EUR en de verdeling van een ziekenhuisbrede enveloppe. Deze laatste twee zijn ook van toepassing op de HAIO in ziekenhuisstage;

- Er worden een aantal controlemaatregelen geëxpliciteerd, of, met betrekking tot uitbreidingen naar het tweede semester, sterker verankerd.